

Städtlicher Erfolg



Städteranking. München, Mainz und Heidelberg – das sind die Gewinner des Städterankings 2023 der IW Consult. München dominiert wie durchgehend seit 2013 das Niveauranking, Mainz zeigt sich entwicklungsstark und führt das Dynamikranking an, Heidelberg steht an der Spitze des Nachhaltigkeitsrankings. Warum München so weit vorn ist, was Regionen tun können, um im Ranking aufzusteigen und mit welchen Städten in den kommenden Jahren besonders zu rechnen ist, erklärt Vanessa Hünнемeyer von der IW Consult im iwd-Interview. —> [Seiten 2-4](#)

Einkommen

Die meisten Menschen in Deutschland gehen davon aus, dass sie den eigenen sozialen Aufstieg weitgehend selbst in der Hand haben.

—> [Seiten 6-7](#)

Gesetzliche Rentenversicherung

Trotz des Reformbedarfs wollen vor allem die älteren Bundesbürger den Status quo des Rentensystems erhalten. Die Politik ist für diese Haltung mitverantwortlich.

—> [Seiten 14-15](#)

Bewegung hinter München

Städteranking. München bleibt weiter das Maß aller Dinge und verteidigt seinen Spitzenplatz im Städteranking 2023 der IW Consult. Doch auch die anderen deutschen Millionenstädte entwickeln sich dynamisch. Besonders nachhaltig zeigt sich indes Heidelberg.

Städteranking 2023: Die Top Ten

Für das Städteranking 2023 der IW Consult wurden 71 Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität
Dynamik: Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren
Nachhaltigkeit: Punktzahl in den Bereichen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

Rang	Niveau	Dynamik	Nachhaltigkeit
1.	München 66,1	Mainz 64,9	Heidelberg 59,3
2.	Mainz 62,4	Berlin 58,4	Ingolstadt 59,1
3.	Stuttgart 60,3	Leipzig 54,9	Wolfsburg 57,8
4.	Erlangen 60,0	Kaiserslautern 54,9	Erlangen 57,4
5.	Ingolstadt 59,7	Düsseldorf 54,6	Ulm 57,2
6.	Wolfsburg 58,7	Hamburg 53,5	Freiburg im Breisgau 56,1
7.	Darmstadt 57,7	Köln 53,1	Darmstadt 56,1
8.	Frankfurt am Main 57,6	Darmstadt 53,1	Stuttgart 55,9
9.	Ulm 56,2	München 52,8	Karlsruhe 55,6
10.	Regensburg 56,0	Oldenburg 52,2	Jena 55,0

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Einzelindikatoren: gewichtet

Quelle: IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Mia san mia: Im Städteranking 2023 der IW Consult geht der erste Platz im Niveauranking mal wieder an München. Die Forscherinnen und Forscher werten für ihre jährliche Rangliste der 71 größten kreisfreien deutschen Städte Indikatoren aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität aus. Die bayerische Landeshauptstadt steht dabei seit 2013 unangefochten an der Spitze, der Punkteabstand zum Zweitplatzierten fällt zudem regelmäßig deutlich aus.

Doch hinter München tut sich etwas: Zwar sind die zehn besten Städte im Niveauranking dieselben wie im Vorjahr, doch die Reihenfolge hat sich verändert. Mainz schiebt sich von Rang sieben auf Platz zwei vor, der vorherige Zweitplatzierte Erlangen rutscht um zwei Plätze ab. Frankfurt steht auf Platz acht um drei Ränge schlechter da als im Vorjahr, dagegen verbessert sich Darmstadt um einen Platz auf Position sieben.

Dass es für Mainz gerade gut läuft, zeigt nicht nur der zweite Platz im Niveauranking. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt führt auch

Nachhaltigkeitsranking: Womit die Städte punkten

Diese Städte schneiden im Städteranking 2023 bei diesen ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren am besten ab

Rang	Solarleistung	Elektrotankstellen	Feinstaubbelastung
1.	Kaiserslautern 691,6	Ingolstadt 108,3	Freiburg im Breisgau 6,4
2.	Ulm 557,5	Wolfsburg 62,0	Kaiserslautern 7,0
3.	Ingolstadt 471,9	Regensburg 42,1	Pforzheim 7,1
4.	Saarbrücken 464,3	Heilbronn 34,4	Kiel 7,2
5.	Trier 430,6	Stuttgart 28,4	Heidelberg 7,4

■ Solarleistung: installierte Solarleistung je 1.000 Einwohner in Kilowatt
■ Elektrotankstellen: Zahl der Elektrotankstellen je 10.000 Einwohner
■ Feinstaubbelastung: Jahresmittelwert 2022 in Mikrogramm pro Kubikmeter

Quelle: IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd



das Dynamikranking an, in dem die IW Consult die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre bewertet. Das liegt vor allem am Pharmaunternehmen BioNTech. Der Entwickler und Hersteller von Corona-Impfstoffen spülte in den Pandemie Jahren 2021 und 2022 jede Menge Gewerbesteuer in die Mainzer Stadtkasse.

Im ersten Quartal 2023 brach der Umsatz von BioNTech jedoch um rund 80 Prozent ein, sodass Mainz für dieses Jahr mit deutlich weniger Einnahmen rechnen muss – das könnte sich auch im Städteranking 2024 bemerkbar machen. Um sich in den Top Ten zu etablieren, gilt es für die Stadt, den jüngsten Geldregen sinnvoll zu nutzen und in eine nachhaltige Stadtentwicklung zu investieren, um die Attraktivität des Standortes zu verbessern. So könnte die Neuansiedlung von Firmen die Steuereinnahmen dauerhaft erhöhen und Mainz unabhängiger von den BioNTech-Einnahmen werden.

Was darüber hinaus im Dynamikranking auffällt: Waren die größten deutschen Städte sonst eher im Mittelfeld verstreut, schneiden sie 2023 sehr gut ab (Grafik Seite 2):

Mit Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln und München liegen fünf der sieben größten deutschen Städte in den Top Ten des Dynamikrankings.

Frankfurt folgt auf Rang 13 knapp dahinter, lediglich Stuttgart zeigt sich auf Platz 57 nicht allzu dynamisch. Die Großstädte haben für ihre Platzierungen zum Teil große Sprünge gemacht: Köln verbesserte sich zum Beispiel um 22 Plätze, Hamburg sogar um 36.

Dieses gute Abschneiden im Dynamikranking ist maßgeblich auf den Teilbereich Immobilienmarkt zurückzuführen. Berlin, Köln und Hamburg bilden darin das Spitzentrio, Düsseldorf und München liegen auf den Plätzen sechs und sieben.

Dazu kommen jeweils spezifische Indikatoren, in denen sich die Städte verbessert haben und so im Ranking weiter vorne landen – zum Beispiel ist in Frankfurt und München die durch die Coronapandemie gebeutelte Steuerkraft wieder gestiegen und Hamburg hat seine Aufklärungsquote bei Straftaten gesteigert. Bis sich die Ergebnisse aus dem Dynamikranking allerdings im Niveau-

ranking widerspiegeln, dauert es erfahrungsgemäß zwei bis drei Jahre.

Ein weiterer Aspekt, den sich die IW Consult gesondert ansieht, ist das Thema Nachhaltigkeit (Grafik). Die 21 Indikatoren im Nachhaltigkeitsranking decken mit den Bereichen Ökologie, Ökonomie und Soziales ein breites Spektrum ab – von der Solarleistung über die Zahl der Elektrotankstellen bis hin zur Feinstaubbelastung.

Insgesamt schneidet im Nachhaltigkeitsranking Heidelberg am besten ab.

Die Stadt besticht durch einen starken MINT-Forschungssektor, eine fast flächendeckende Versorgung der Haushalte mit Glasfaser-Internet und den deutschlandweit niedrigsten Quoten von Schulabgängern ohne Abschluss sowie Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen. Darüber hinaus hat Heidelberg – gemessen an der Feinstaubbelastung – die fünfte beste Luftqualität unter den analysierten Städten und die dritthöchste Quote an Neubauten, die statt mit Öl oder Gas mit alternativer Energie wie Fernwärme heizen.

Interview. Jährlich bewertet die IW Consult die Lage und Entwicklung von 71 deutschen Städten. Was München zum Dauergewinner macht, was andere Städte davon lernen können und wo für die Zukunft Potenzial schlummert, erklärt **Vanessa Hünнемeyer**, Senior Managerin in der IW Consult.

„Münchens Mischung gibt es sonst nirgends“

München dominiert Jahr für Jahr das Städteranking der IW Consult. Was macht die Stadt so stark?

München besticht durch das Gesamtpaket. Die Stadt hat eine sehr diversifizierte Wirtschaft mit prestigeträchtigen Unternehmen, sie ist gründerfreundlich und hat zwei starke Universitäten. Dazu kommen weiche Faktoren wie ein breites kulturelles Angebot und die landschaftliche Attraktivität, die die Stadt zu einem beliebten Wohnort machen.

Diese Mischung gibt es in Deutschland sonst nirgends. In manchen Punkten hat sich die Stadt im vergangenen Jahr sogar noch weiter verbessert.

Welche Punkte wären das?

Zum Beispiel im Teilbereich Arbeitsmarkt, da ist München im Vergleich zum Vorjahr von Platz vier auf zwei geklettert. Das liegt vor allem daran, dass es den ansässigen Unternehmen gelungen ist, durch flexible Arbeitsangebote die Beschäftigtenquote von Frauen und älteren Erwerbstätigen zu steigern und die Arbeitslosenquote der jungen Menschen zu senken.

Lässt sich das Münchner Erfolgsrezept auf andere Städte übertragen?

Es ist durchaus sinnvoll, dass sich Städte punktuell an München orientieren. München hat ein Umfeld geschaffen, das nicht nur viele Studierende nach ihrem Abschluss vor Ort bleiben lässt, sondern auch auswärtige Fachkräfte anzieht. Will eine andere Stadt Ähnliches erreichen, könnte ein Ansatzpunkt sein, die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern – beispiels-



Foto: IW Medien

weise durch Transferzentren an Universitäten und Unterstützung von jungen Gründerinnen und Gründern. Auch auf eine höhere Erwerbstätigenquote von Frauen können Städte abzielen, ich denke da zum Beispiel an den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur.

Die größten deutschen Städte schneiden im Dynamikranking dieses Jahr vor allem deshalb so gut ab, weil die Mietpreise dort überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Spricht das nicht eher gegen diese Standorte?

Für die Menschen, die dort wohnen, sind hohe Mietpreise natürlich kein positiver Faktor. Wir nehmen die Preisentwicklung aber als Indikator für die Attraktivität der Standorte: Wenn mehr Menschen in die jeweilige Stadt ziehen wollen und so die Nachfrage nach Wohnungen und Häusern steigt, wird das Angebot teurer. Deswegen sind Städte mit hohen Mietpreisen im Städteranking tendenziell weiter oben.

Mit welchen Regionen ist in den kommenden Jahren besonders zu rechnen?

Perspektivisch werden wohl vor allem die mittelgroßen Städte in Ballungsgebieten oder Einzugsgebieten von Großstädten zulegen. Auch ostdeutsche Städte wie Dresden, Leipzig und Jena haben aufgeholt und könnten weiter aufsteigen. Darüber hinaus sollte man Heilbronn auf dem Zettel haben, da es dort mit Dieter Schwarz, dem Eigentümer der Schwarz Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, einen finanzstarken privaten Akteur gibt, der sich sehr in der Stadtentwicklung engagiert.

Fragwürdige Forderung

Tarifpolitik. 35 statt 38 Stunden Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter bei vollem Lohn – das forderte die Lokführergewerkschaft GDL zuletzt in den Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn. Für das Unternehmen würde das zu erheblichen Kapazitäts- und Logistikproblemen führen. Es drohen Einschränkungen beim Angebot – schlecht für die angestrebte Mobilitätswende.

Seit 2018 gilt für Lokführer der Deutschen Bahn eine tarifliche Jahresarbeitszeit von 1.984 Stunden, das entspricht im Schnitt 38 Stunden pro Woche. In der Praxis können die Lokführer jedoch wählen, wie sie ihre Arbeitszeit gestalten. Es gibt die Möglichkeit, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit um eine Stunde zu reduzieren oder aufzustocken, mehr Urlaubstage zu nehmen oder auch eine kürzere Wochenarbeitszeit mit mehr Urlaub zu kombinieren.

So ist es zum Beispiel möglich, im Schnitt nur 37 Wochenstunden zu arbeiten und dafür einen Lohnabschlag von 2,6 Prozent in Kauf zu nehmen. Davon machen die Lokführer in den insgesamt 18 von der GDL organisierten Betrieben der Deutschen Bahn allerdings kaum Gebrauch. Üblicher ist es, mit einem Zuschlag von 2,6 Prozent durchschnittlich 39 Stunden – also eine Stunde länger als tariflich vereinbart – zu arbeiten. Hierfür entschieden sich zuletzt 28 Prozent der Lokführer. Die beliebteste Option ist jedoch eine andere (Grafik):

In den von der GDL organisierten Betrieben der Deutschen Bahn arbeitete Mitte 2023 fast jeder zweite Lokführer im Schnitt 39 Stunden pro Woche, nahm einen Lohnabschlag von 2,6 Prozent in Kauf und erhielt dafür zwölf zusätzliche Urlaubstage.

Die Zahlen zeigen: Die Beschäftigten bevorzugen mehr Urlaub gegenüber einer verkürzten Wochenarbeitszeit. Es überrascht daher, dass die GDL zuletzt ausgerechnet kürzere Wochenarbeitszeiten forderte – zumal dies für den Betrieb und damit auch für die Mobilitätswende problematischer wäre als zusätzliche freie Tage:

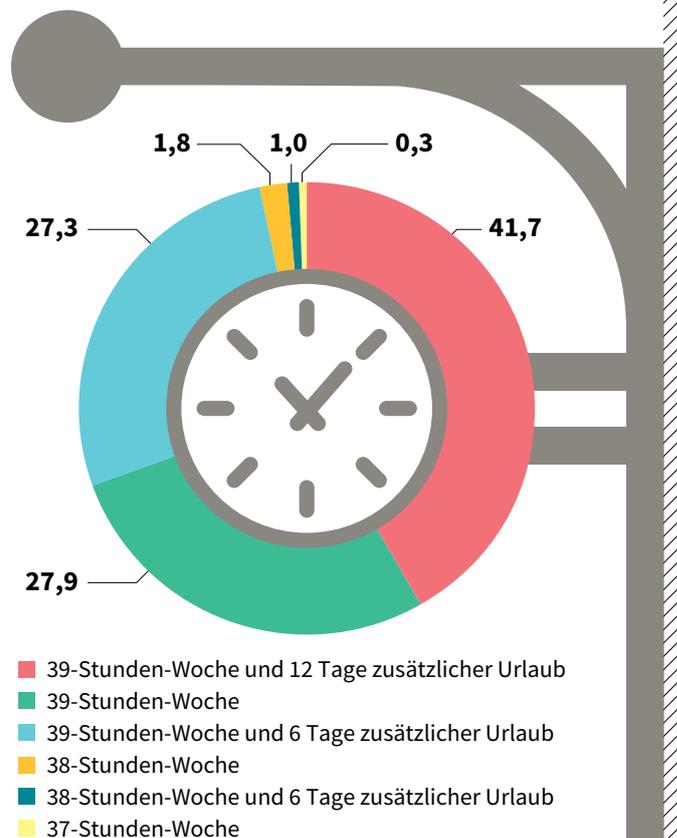
Schon jetzt stellt die Bahn jedes Jahr mehr als 1.000 Lokführer ein. Trotzdem leisteten die Lokführer im Jahr 2022 insgesamt 1,37 Millionen Überstunden. Kürzere Arbeitszeiten würden demnach zu mehr Zugausfällen und einem geringeren Angebot führen – und vermutlich auch die Zahl der Überstunden weiter in die Höhe treiben.

Erschwerend kommt hinzu, dass die GDL zuletzt maximal fünf Schichten pro Woche forderte – aktuell

sind bis zu sechs möglich. Da zwischen zwei Fünf-Schichten-Wochen eine 48-stündige Ruhepause vorgeschrieben ist, ließen sich dann je Lokführer weniger abrufbare Schichten einplanen. Das würde nicht nur die Planung für die Bahn erschweren, sondern auch das Kapazitätsproblem verschärfen. Die politisch angestrebte Mobilitätswende würde damit in weite Ferne rücken.

Arbeitszeit: So wählen Lokführer

So viel Prozent der Beschäftigten in den 18 von der GDL organisierten Betrieben der Deutschen Bahn arbeiteten im Juni 2023 nach diesem Arbeitszeitmodell



Beschäftigte: auf Vollzeitbasis (38 Stunden)
 Arbeitszeitmodelle: inklusive verschiedener Zu- und Abschläge
 Quelle: Deutsche Bahn
 © 2023 IW Medien / iwd

Fast alles ist möglich

Einkommen. Fragt man die Menschen in Deutschland, wie hierzulande der soziale Aufstieg gelingt, erhält man überraschende Antworten. Tatsächlich geht eine Mehrheit davon aus, dass sie den eigenen Aufstieg weitestgehend selbst unter Kontrolle hat. Das persönliche Netzwerk, die Herkunft und das Geschlecht werden dagegen als weniger relevante Erfolgsfaktoren erachtet.

Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mit niedrigen Einkommen schaffen so gut wie nie den sozialen Aufstieg und wer nicht über die richtigen Beziehungen verfügt, hat sowieso keine Chance, beruflich und gesellschaftlich voranzukommen? An diese gängigen Vorurteile glauben die meisten Deutschen keineswegs, wie eine aktuelle IW-Auswertung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahr 2021 zeigt. Vor zwei Jahren hat das SOEP erstmals umfassend die subjektiven Einstellungen der Bundesbürger zur sozialen Mobilität erhoben.

Demnach gehen die meisten Befragten davon aus, dass sie ihre eigenen Aufstiegsmöglichkeiten weitestgehend selbst in der Hand haben (Grafik):

Gut sieben von zehn Bundesbürgern stimmen der Aussage zu, dass es von ihnen selbst abhängt, ob sie es schaffen, auf der sozialen Leiter aufzusteigen.

Lediglich 14 Prozent sehen das nicht so, weitere 15 Prozent sind indifferent.

Auch in puncto Nachwuchs sind die Deutschen weitestgehend zuversichtlich. Eine deutliche Mehrheit von 84 Prozent der befrag-

ten Eltern erwartet, dass es den eigenen Kindern im selben Alter zukünftig gleich gut (36 Prozent) oder sogar besser (48 Prozent) gehen wird als ihnen selbst.

Doch was genau heißt es überhaupt, auf der sozialen Leiter aufzusteigen? Die soziale Leiter ist ein Modell, das im Kontext der SOEP-Befragung aus zehn Sprossen besteht. Auf Sprosse eins befinden sich diejenigen mit dem geringsten Einkommen, der geringsten Qualifikation und dem schlechtesten Ansehen ihres Berufs. Am anderen Ende der Leiter, auf der obersten Sprosse, sind die Menschen zu

Sozialer Aufstieg: Die meisten glauben an sich

So viel Prozent der Bevölkerung in Deutschland stimmen der Aussage „Es hängt von mir selbst ab, ob ich es schaffe, auf der sozialen Leiter aufzusteigen“...

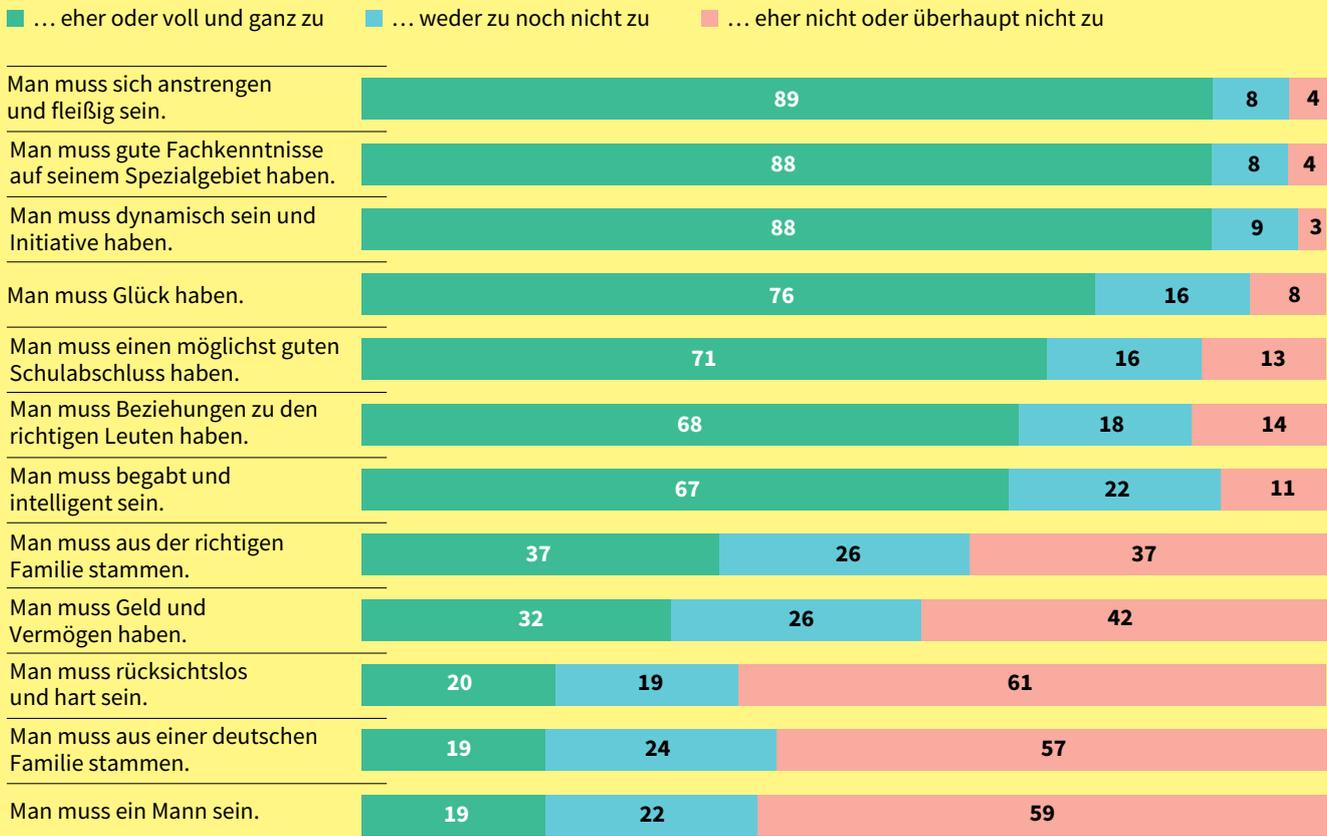


Befragung von rund 17.000 Personen im Jahr 2021

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Erfolgsfaktoren: Fleiß, Fachwissen und Fortune

So viel Prozent der Bevölkerung stimmen diesen Aussagen zu den entscheidenden Faktoren des tatsächlichen Erfolgs und sozialen Aufstiegs in Deutschland ...



Befragung von rund 19.000 Personen im Jahr 2021

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

finden, die in allen drei Dimensionen am besten abschneiden.

Die Mehrheit der befragten Personen ordnete sich im Jahr 2021 auf den mittleren Positionen der sozialen Leiter ein: Rund 72 Prozent verorteten sich selbst auf den Sprossen fünf, sechs und sieben. Gerade einmal 2,3 Prozent sahen sich auf den untersten beiden Sprossen und lediglich 1,9 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie auf den obersten beiden Sprossen stehen.

Wie gelingt es, die Leiter hinaufzuklettern und erfolgreicher zu sein? Nach Auffassung der Befragten sind dafür vor allem typisch deutsche Tugenden nötig (Grafik):

Neun von zehn Menschen sind der Meinung, dass für den Erfolg und sozialen Aufstieg in Deutschland persönliche Anstrengung und Fleiß entscheidend sind.

Für fast genauso wichtig werden Fachkenntnisse und Eigeninitiative erachtet. Drei von vier Befragten halten allerdings auch Glück für unabdingbar, um sozial aufsteigen zu können.

Andere Faktoren wie Rücksichtslosigkeit und Härte, Beziehungen zu den richtigen Leuten oder ein idealtypischer familiärer Hintergrund sind nach Meinung der Befragten deutlich seltener entscheidend für die Aufstiegsmöglichkeiten.

Auch der Frage, ob man deutsche Wurzeln hat, messen relativ wenige Menschen eine Bedeutung für die soziale Aufwärtsmobilität zu – unabhängig davon, ob sie selbst einen Migrationshintergrund aufweisen.

Und nur 19 Prozent sind der Auffassung, man müsse ein Mann sein, um in Deutschland erfolgreich zu sein und gesellschaftlich aufzusteigen – 20 Prozent der befragten Frauen und 17 Prozent der befragten Männer teilen diese Position.

IW-Report 58/2023

Maximilian Stockhausen: Einstellungen zur sozialen Mobilität – IW-Verteilungsreport 2023
iwkoeln.de/verteilungsreport_2023

Starker Einfluss auf Tarifstrukturen

Mindestlohn. Die von der Politik beschlossene Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro im Oktober 2022 hat in einigen Niedriglohnbranchen den Abstand zwischen den unteren und mittleren Entgeltgruppen deutlich kleiner werden lassen. Nach dem diesjährigen Anpassungsbeschluss haben die Tarifparteien künftig aber wieder mehr Gestaltungsspielraum, um dieser Stauchung entgegenzuwirken.

Seitdem der gesetzliche Mindestlohn im Jahr 2015 eingeführt wurde, entscheidet in der Regel die paritätisch aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zusammengesetzte Mindestlohnkommission darüber, in welchem Maße die Lohnuntergrenze angehoben wird. Die Kommission orientiert sich dabei an der Tariflohnentwicklung, sodass der Mindestlohn

für die Tarifparteien eine halbwegs planbare Größe ist.

Der Beschluss der Bundesregierung vom Frühjahr 2022, den Mindestlohn ab Oktober 2022 auf einen Schlag von 10,45 Euro auf 12 Euro und damit um fast 15 Prozent zu erhöhen, hat allerdings zu erheblichen Verschiebungen in der Tariflohnstruktur geführt. So überholte

der gestiegene Mindestlohn die untersten Tariflöhne teils deutlich. Eine exemplarische Analyse typischer Niedriglohnbranchen in zwei Tarifregionen zeigt die Folgen:

• **Nordrhein-Westfalen.** In vielen der untersuchten Branchen ist der Abstand zwischen der untersten tariflichen Entgeltgruppe und dem mittleren Entgelt infolge des politisch verordneten 12-Euro-Mindestlohns stark geschrumpft. Ein eindrückliches Beispiel liefert der Agrarsektor (Grafik):

Die in der Landwirtschaft Beschäftigten der untersten Tariflohngruppe – Mitarbeiter ohne Berufsausbildung – verdienten Anfang 2015 gut 60 Prozent des mittleren Entgelts, Anfang 2022 waren es rund 72 Prozent. Innerhalb von nur zwölf Monaten stieg der Wert dann auf 80 Prozent.

Im Friseurhandwerk stiegen die Löhne der untersten Entgeltgruppe von 2015 bis 2023 von gut 78 Prozent auf mehr als 90 Prozent des mittleren Entgelts, allein im vergangenen Jahr verringerte sich der Abstand um 8 Prozentpunkte.

Im Bäckerhandwerk vollzog sich die Annäherung der untersten an die mittlere Entgeltgruppe von nahezu 9 Prozentpunkten sogar fast vollständig von Anfang 2022 bis Anfang 2023.

In einigen Branchen führten die Reaktionen der Tarifpartner auf den jüngsten Mindestlohnbeschluss auch am oberen Rand der Lohnstruktur zu

Tariflohnstruktur: Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

So viel Prozent des mittleren Entgelts wurden in der Tarifregion NRW am 1. Januar 2023 in der ... gezahlt

	... untersten Entgeltgruppe	... obersten Entgeltgruppe	Veränderung des Abstands zur mittleren Entgeltgruppe seit 2015 in Prozentpunkten	
 Landwirtschaft	80,0	113,3	-19,8	1,3
 Friseurhandwerk	90,4	117,9	-12,0	-8,0
 Bäckerhandwerk	83,1	131,2	-8,6	-7,0
 Floristik	92,9	126,7	-7,5	-4,5
 Gebäudereinigerhandwerk	75,6	114,3	-7,5	-1,0
 Gastgewerbe	89,6	152,4	-6,3	-18,5
 Systemgastronomie (BdS)	82,9	172,1	-5,4	0
 Private Wach- und Sicherheitsdienste	67,8	108,1	-5,4	0
 Systemgastronomie (DEHOGA)	81,4	137,7	-1,7	-14,8
 Einzelhandel	62,9	135,8	0	-2,2

Systemgastronomie: Unterschiedliche Tarifverträge der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mit dem Bundesverband der Systemgastronomie (BdS) und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

einer spürbaren Stauchung. Besonders ausgeprägt ist das im Gastgewerbe zu sehen:

Bis 2022 lagen die Löhne in der obersten Entgeltgruppe des Gastgewerbes, also bei den Führungskräften mit gesamtbetrieblicher Verantwortung, gut 70 Prozent über dem mittleren Entgeltniveau – zum Jahresbeginn 2023 betrug der Abstand nur noch etwas mehr als 50 Prozent.

Kaum verändert hat sich das Lohngefüge bis zuletzt nur im Einzelhandel, weil dort die untersten Tariflöhne – jene für Angestellte ohne kaufmännische Ausbildung im ersten Tätigkeitsjahr – im gesamten betrachteten Zeitraum ausreichend über dem gesetzlichen Mindestlohn lagen.

• **Berlin und Brandenburg.** Auch in dieser Tarifregion haben die Mindestlohnerhöhungen der vergangenen Jahre und vor allem der Sprung auf 12 Euro das Tarifgefüge beeinflusst, wengleich die Stauchungseffekte vergleichsweise gering ausfielen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Tariflohnstruktur in Berlin und Brandenburg von vornherein etwas komprimierter war als in Nordrhein-Westfalen.

Am stärksten wurden die unteren Tariflöhne gemessen am mittleren Entgelt in der brandenburgischen Gastronomie angehoben (Grafik):

Von gut 73 Prozent des mittleren Entgeltlevels im Jahr 2015 stiegen die Löhne für angelernte Beschäftigte im Gastgewerbe Brandenburgs bis Anfang 2023 auf 92 Prozent.

Dieser Sprung ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass sich die Personalsituation in den brandenburgischen Gastronomiebetrieben nicht nur infolge der Coronapandemie verschlechtert hatte, sondern auch, weil das nahe gelegene Berlin viele potenzielle Mitarbeiter wie

Tariflohnstruktur: Die Entwicklung in Berlin und Brandenburg

So viel Prozent des mittleren Entgelts wurden in der Tarifregion Berlin-Brandenburg am 1. Januar 2023 in der ... gezahlt

	... untersten Entgeltgruppe	... obersten Entgeltgruppe	Veränderung des Abstands zur mittleren Entgeltgruppe seit 2015 in Prozentpunkten	
 Gastgewerbe (nur Brandenburg)	92,0	129,0	-18,5	-2,5
 Landwirtschaft	82,8	122,5	-10,4	0,1
 Bäckerhandwerk (nur Berlin)	85,0	132,0	-9,0	2,0
 Bäckerhandwerk (nur Brandenburg)	89,3	129,4	-8,6	1,8
 Gastgewerbe (nur Berlin)	86,9	134,4	-6,6	-1,4
 Gebäudereinigerhandwerk	75,6	114,3	-5,1	-0,8
 Private Wach- und Sicherheitsdienste	84,7	126,1	-4,7	-0,5
 Systemgastronomie (DEHOGA)	81,4	137,7	-1,7	-14,8
 Floristik	96,9	111,4	-0,3	2,3
 Einzelhandel	68,7	137,3	-0,1	-2,2
 Systemgastronomie (BdS)	82,9	172,1	2,2	2,0

Oberste Entgeltgruppen in der Landwirtschaft und im Bäckerhandwerk: Stand 1. Januar 2022; Systemgastronomie: Unterschiedliche Tarifverträge der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mit dem Bundesverband der Systemgastronomie (BdS) und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Köche und Servicekräfte anzog. Die ab 2021 vereinbarten Entgeltsteigerungen sollten die Arbeitsplätze im Gastgewerbe Brandenburgs attraktiver machen.

Auch über dieses Beispiel hinaus hat der Fachkräftemangel dazu geführt, dass die Tarifparteien in den jüngsten Tarifrunden teils hohe Lohnsteigerungen vereinbart haben, die allerdings von der zuletzt hohen Inflationsrate relativiert werden. Die Kostenbelastungen der Unternehmen – durch die Inflation im Allgemeinen und die gestiegenen Energiepreise im Besonderen – ließen zudem meist nicht so starke Lohnzuwächse zu, dass die früheren Abstände zwischen unteren und

oberen Entgeltgruppen wiederhergestellt werden konnten.

Für 2024 und 2025 hat die Mindestlohnkommission im üblichen Verfahren Anpassungen der Lohnuntergrenze auf 12,41 Euro und 12,82 Euro beschlossen. Diese moderaten Steigerungen verschaffen den Sozialpartnern wieder mehr Gestaltungsspielraum, um die Stauchung der Tarifstrukturen schrittweise zu korrigieren.

IW-Analysen 154

Carolin Fulda, Hagen Lesch, Christoph Schröder, Sandra Vogel: Einflüsse des Mindestlohns auf das Tarifgeschehen – Ergebnisse ausgewählter Niedriglohnbranchen
iwkoeln.de/mindestlohn-tarif

Ein Blick hinter die Schlagzeilen

Zeitungsmarkt. Weniger Printausgaben, mehr Digitalgeschäft – die Zeitungsbranche ist seit Jahren im Wandel. Bei den Lesern können die Tageszeitungen vor allem mit regionalen Nachrichten und Informationen punkten.

Lokalnachrichten: Tageszeitungen an erster Stelle

Für so viel Prozent der Bundesbürger sind diese Quellen für lokale Informationen unverzichtbar



Befragung von 1.003 Bundesbürgern ab 14 Jahren zwischen dem 20. Oktober und 3. Dezember 2022; Infomедien: analog und digital

Quellen: Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger, Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Ob FAZ, Süddeutsche Zeitung oder Bild – im zweiten Quartal 2023 haben die Bundesbürger insgesamt etwa 13,5 Millionen Zeitungen und Zeitschriften gekauft, darunter rund 2,7 Millionen E-Paper. Da Leser zum Teil ihr Abonnement oder ihre gekaufte Zeitung mit anderen Personen teilen – etwa im eigenen Haushalt –, gibt es statistisch gesehen für jedes verkaufte Exemplar im Schnitt drei Leser.

Ungeachtet der Millionenaufgabe hat die Branche zu kämpfen. Denn seit den 1990er Jahren verkaufen die Zeitungsverlage – bedingt durch die Digitalisierung – sukzessive weniger Exemplare.

Aufgrund der eingebrochenen Werbeeinnahmen im Printgeschäft stiegen und steigen immer mehr Zeitungen auf kostenpflichtige E-Paper um. Das scheint sich allmählich auszuzahlen: 2022 war das zweite Jahr in Folge, in dem Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Co. mit ihrem digitalen Angebot mehr als 1 Milliarde Euro Umsatz erzielten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Umsatz sogar um knapp 15 Prozent gestiegen. Die meisten Verlagsgruppen können ihre Verluste aus dem Printgeschäft damit noch nicht

ausgleichen. Trotzdem erreichen sie durch die Kombination von Online und Print mehr Menschen: Die Angebote nutzen knapp 80 Prozent der deutschsprachigen Bundesbürger ab 14 Jahren – das entspricht 56,3 Millionen Menschen.

Die meisten Zeitungsleser sind älter als 50 Jahre. Dennoch verfolgen immerhin noch annähernd 70 Prozent der 14- bis 29-Jährigen das aktuelle Geschehen in der Zeitung beziehungsweise über ein entsprechendes Online-Portal, wie aus einer Umfrage der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft deutscher Zeitungen hervorgeht.

Das könnte mit der Seriosität der Verlage zusammenhängen. Rund zwei Drittel der Bundesbürger legen großen Wert auf zuverlässige und vertrauenswürdige Nachrichtenquellen – den Zeitungen schenkt die Mehrheit von ihnen Glauben. Vor allem der Lokalberichterstattung vertrauen viele Menschen (Grafik Seite 10):

Regionale und lokale Tageszeitungen stehen unter den lokalen Informationsmedien an erster Stelle, für sieben von zehn Befragten waren sie im Jahr 2022 unverzichtbar.

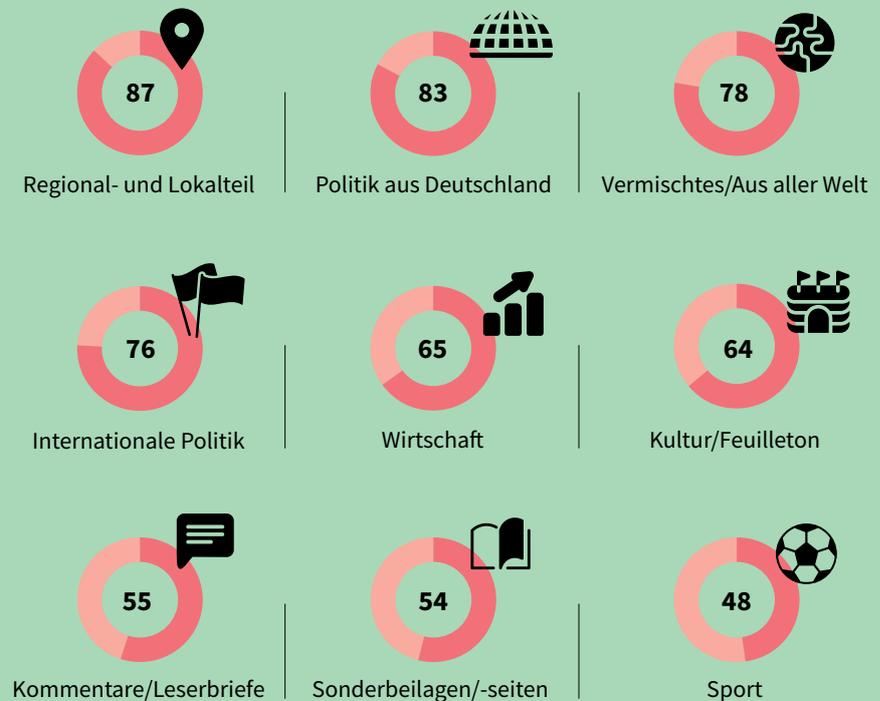
Das Internet landet als Informationsquelle für regionale Nachrichten auf dem zweiten Platz.

Die meisten der regelmäßigen Zeitungsleser mögen regionale Tageszeitungen, weil sie aktuell berichten, glaubwürdig sind und/oder in ihrer Region eine feste Größe darstellen – mehr als neun von zehn Befragten stimmen diesen Aussagen zu.

Rund 70 Prozent der Menschen, die häufig eine Zeitung in die Hand nehmen, schauen sie sich intensiv an. So lesen sie mindestens die Hälfte aller Seiten in ihrer Tageszeitung. Besonders interessiert sind die Bundesbürger daran, was vor ihrer

Welche Ressorts am meisten Beachtung finden

So viel Prozent der regelmäßigen Zeitungsleser schauen sich Meldungen aus diesen Ressorts an



Befragung von 651 Zeitungslesern ab 14 Jahren zwischen dem 20. Oktober und 3. Dezember 2022
 Quellen: Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger, Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen
 © 2023 IW Medien / iwd



Haustür passiert – sei es in der Politik oder Freizeit (Grafik):

Unter den regelmäßigen Zeitungslesern schauen sich 87 Prozent Meldungen aus dem Regional- und Lokalteil an, dicht gefolgt von innenpolitischen Nachrichten mit 83 Prozent.

Für Kommentare und Leserbriefe sowie Sonderseiten und -beilagen interessiert sich nur jeweils die Hälfte der Leser. An letzter Stelle stehen Berichte aus der Welt des Sports: Lediglich 48 Prozent schauen sich Meldungen aus diesem Ressort an.

Neben den Texten ist auch die Werbung für Zeitungsleser wichtig: Rund die Hälfte der Befragten gibt an, dass Werbung sie genauso sehr interessiert wie redaktionelle Beiträge. Geschäfte, die mit Anzeigen in

der Zeitung werben, stufen die meisten Leser als seriös ein.

Für die Zeitungsverlage lassen sich aus den Daten wichtige Erkenntnisse gewinnen. Das wachsende Digitalgeschäft sowie das hohe Vertrauen, welches ihnen die Leser entgegenbringen, sind eine gute Grundlage, um das Online-Angebot zu verbessern und auszubauen.

Zusätzlich steht den Zeitungen schon die nächste Herausforderung ins Haus: der Umgang mit künstlicher Intelligenz (KI). Teilweise hilft sie jetzt schon, Texte zusammenzufassen, zu übersetzen oder zu überprüfen. Die Verlage müssen die Chancen und Risiken der KI bewerten und ihre Mitarbeiter auf den richtigen Einsatz der Technik vorbereiten und sie schulen.

Vorreiter Ruhrgebiet

Energiewende. Wasserstoff spielt bei der Abkehr von fossilen Rohstoffen eine wichtige Rolle – auch für Deutschland. Die Metropolregion Ruhr ist auf einem besonders guten Weg, diesen Umstieg für sich wirtschaftlich zu nutzen, zeigt eine Analyse der IW Consult. Andere Regionen mischen ebenfalls mit, setzen aber andere Schwerpunkte.

„Wasserstoff ist das noch fehlende Puzzleteil der Energiewende. Er ist die große Chance, Energiesicher-

heit, Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.“ Mit diesen Worten verkündete Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger im Juli die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie.

Für die Bundesregierung ist Wasserstoff als Teil der Energiewende also gesetzt, doch der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist komplex: Technische Verfahren müssen entwickelt, der Transport gesichert und Standards festgelegt werden – und das alles möglichst simultan. Dazu ist es für den Erfolg entscheidend, dass Unternehmen und Forschungseinrichtungen eng zusammenarbeiten und Wasserstofftechnologien gemeinsam entwickeln und in der Praxis etablieren.

Wie weit Deutschland dabei bislang gekommen ist, hat die IW Consult in ihrem zweiten Wasserstoffranking ermittelt. Dafür haben die Forscher elf Indikatoren in zehn ausgewählten Metropolregionen untersucht. In der Gesamtbetrachtung siegt der Westen (Grafik):

Die Metropolregion Ruhr führt das Wasserstoffranking 2023 deutlich an. Dahinter folgen Hamburg und Mitteldeutschland.

Das Ruhrgebiet besticht unter anderem durch seine überregional vernetzten Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Das befähigt die Region, sowohl Grundlagen- als auch anwendungsorientierte Forschung

zu betreiben. Zudem ist die Zahl der wasserstoffaffinen Unternehmen in der Region im Vergleich zum vorherigen Ranking aus dem Jahr 2020 deutlich gestiegen und höher als im Rest des Landes (Grafik Seite 13):

Mit fast elf Firmen mit Wasserstoffbezug je 1.000 Unternehmen liegt die Metropolregion Ruhr in dieser Kategorie klar an der Spitze.

Ein wichtiger Grund für die Platzierung ist in der Geschichte zu finden: Viele große Unternehmen in der ehemaligen Bergbauregion stellen ihre Energieversorgung sukzessive auf grünen Wasserstoff um.

Darüber hinaus gibt es an der Ruhr die meisten Unternehmensgründungen mit Wasserstoffbezug. Das lokale Zentrum dabei ist Essen – jede dritte wasserstoffaffine Firma der Gegend wurde seit dem Jahr 2013 dort gegründet.

Die weiteren untersuchten Metropolregionen haben ihre Stärken in anderen Bereichen der Wasserstoffwirtschaft:

Mitteldeutschland – dazu zählen die IW-Forscher benachbarte Regionen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – verfügt gemessen an der Einwohnerzahl über die meisten Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die das Thema Wasserstoff wissenschaftlich bearbeiten.

Stark ausgeprägt sind Wasserstoffnetzwerke im Osten Deutschlands. Sie informieren ihre Mitglieder

Wasserstoffranking 2023: Ruhrgebiet liegt vorn

Das Wasserstoffranking der IW Consult bewertet und vergleicht die Wasserstoff-Ökosysteme in neun Metropolregionen, schwächste Region = 100



Bewertung: anhand von elf Einzelindikatoren, die unter anderem die Unternehmens- und Forschungslandschaft, die Vernetzung und Kooperationsneigung der Akteure sowie eine qualitative Beurteilung durch Mitglieder des Nationalen Wasserstoffrats umfassen

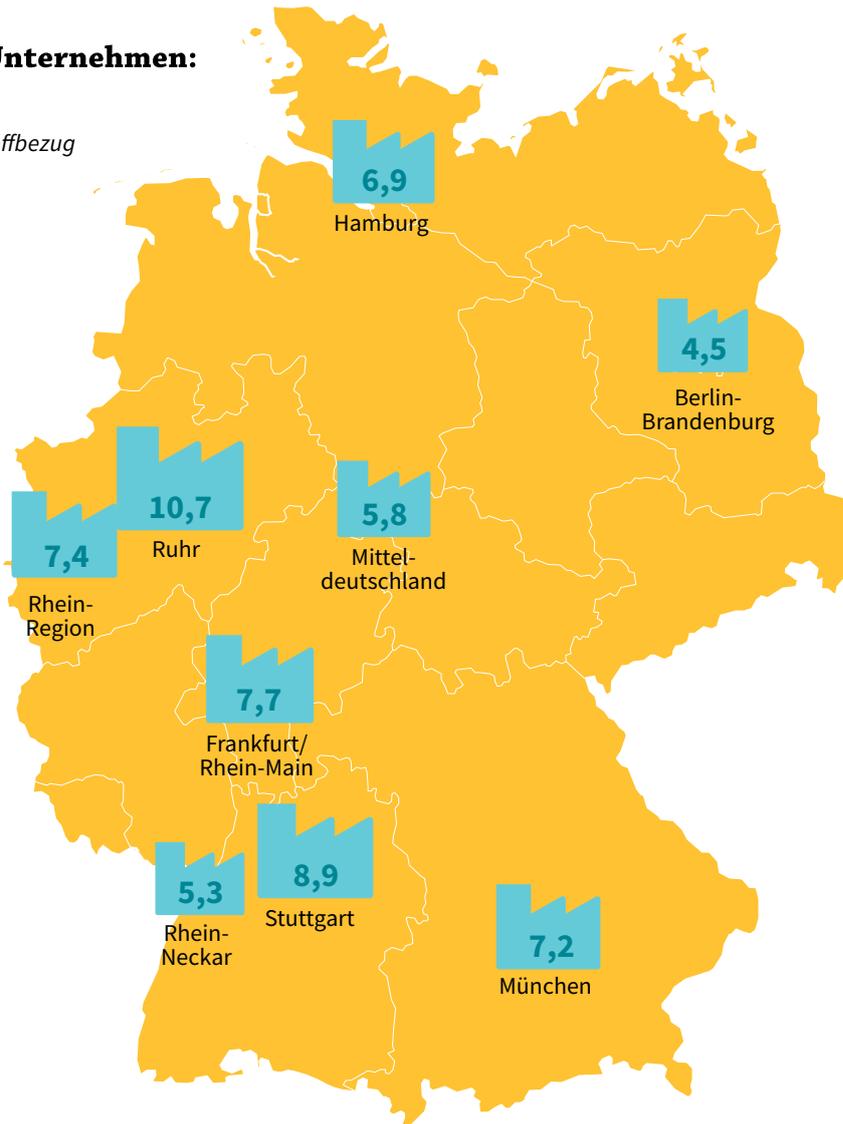
Mitteldeutschland: benachbarte Regionen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Quelle: IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Wasserstoffaffine Unternehmen: Viele im Westen

Unternehmen mit Wasserstoffbezug
je 1.000 Unternehmen



Mitteldeutschland:
benachbarte Regionen in Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen

Quellen: beDirect, IW Consult
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

und bieten Plattformen zum thematischen Austausch.

Im Süden der Republik fließt dagegen überdurchschnittlich viel Geld in Wasserstoffprojekte:

In der Metropolregion Stuttgart werden 4,3 Prozent der gesamten Fördermittel in Projekte mit Wasserstoffbezug investiert. München erreicht mit einem Anteil von 3,3 Prozent den dritten Rang.

Bei den Unternehmensbeteiligungen an wasserstoffaffinen Forschungsprojekten zeigt sich ein ähnliches Bild: Stuttgart führt das Teilranking vor der bayerischen Landeshauptstadt an.

Neben quantitativen Kriterien hat die IW Consult in ihr Ranking auch qualitative Bewertungen einfließen

lassen. Dazu haben die Forscher Mitglieder des Nationalen Wasserstoffrats befragt:

In den drei qualitativ bewerteten Kategorien Unternehmenslandschaft, Wasserstoffinfrastruktur und -initiativen sehen die Experten die Metropolregion Ruhr vorn.

Lediglich mit Blick auf die Forschungslandschaft platzieren die Mitglieder des Wasserstoffrats die Rhein-Region sowie Mitteldeutschland vor dem Ruhrgebiet.

Insgesamt zeigt sich im Wasserstoffranking 2023, dass die Ballungsgebiete verschiedene Stärken besitzen und unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für die Zukunft ist es deshalb wichtig, dass

sich die Regionen gerade in ihren schwächeren Kategorien verbessern, gleichzeitig vorhandene Stärken ausbauen und die Vernetzung innerhalb und mit anderen Regionen weiter vorantreiben.

Die Regierung sollte den Ausbau der Wasserstoffwirtschaft intensiv begleiten und fördern, um den Standort Deutschland energiepolitisch zukunftssicher zu machen. Die Verlängerung der Nationalen Wasserstoffstrategie war dafür ein wichtiger Schritt.

Gutachten

Vanessa Hünne Meyer, Hanno Kempermann, Thorsten Lang, Fabian Meeßen: Wasserstoffranking 2023 – Gutachten der IW Consult im Auftrag des Regionalverbands Ruhr
iwkoeln.de/wasserstoffranking_2023

Veränderung unerwünscht

Gesetzliche Rentenversicherung. Mehr Ältere, weniger Beitragszahler – die gesetzliche Rente wird immer schwerer zu finanzieren. Eine Reform ist dringend nötig. Doch gerade ältere Menschen wollen den Status quo erhalten, wie eine repräsentative IW-Befragung zeigt. Zu dieser Verweigerungshaltung hat die Rentenpolitik der vergangenen Jahre beigetragen.

Es ist simple Mathematik: Wenn in den kommenden Jahren weniger Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und gleichzeitig mehr Rentner Ansprüche geltend machen, gibt es eine Finanzierungslücke. Die Mittel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, liegen ebenso auf dem Tisch. Die Beiträge der Erwerbstätigen zur Rente könnten steigen, das Renteneintrittsalter angehoben oder das Rentenniveau abgesenkt werden. Geschieht nichts davon, muss der Staat immer mehr Geld zuschießen – heute sind es bereits knapp 110 Milliarden Euro jährlich. Dieses Geld fehlt wiederum an anderer Stelle, etwa für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur oder den Klimaschutz.

Für weitreichende Veränderungen des Rentensystems wäre es wünschenswert, wenn die Politik auf den Rückhalt aus der Bevölkerung setzen könnte. Das Institut der deutschen Wirtschaft wollte daher wissen, was die Menschen im Land über die Rente und mögliche Reformen denken. Dazu hat es im Februar und März 2023 in der IW-Personenbefragung knapp 4.900 über 18-Jährige befragt.

Mehr als ein Drittel der Bundesbürger macht sich demnach große Sorgen um die eigene Altersversorgung. Die möglichen Optionen für

Veränderungen bewerten sie unterschiedlich (Grafik):

Am wenigsten zu verkraften wäre für die Befragten über alle Altersgruppen hinweg ein niedrigeres Rentenniveau – für knapp 53 Prozent ist das keine Option.

Rentner und Pensionäre, die von einer Kürzung unmittelbar betroffen wären, lehnen geringere Bezüge mit knapp 60 Prozent erwartungsgemäß am deutlichsten ab.

Umgekehrt halten von allen Befragten fast 55 Prozent einen höheren Beitragssatz zur Rentenversicherung für das kleinste Übel.

Um zu erfahren, mit welchen Einschränkungen die Menschen konkret am ehesten leben könnten, haben die IW-Forscher in der Befragung ein sogenanntes Vignettenexperiment durchgeführt. Dabei stellten sie 27 verschiedene Szenarien einer Rentenreform mit unterschiedlichen Veränderungen von Renteneintritt, Rentenhöhe und Beitragssatz zur Wahl. Das Ergebnis überrascht:

Am geringsten sind die Widerstände gegen eine Rentenreform bei den unter 50-Jährigen.

Besonders stark lehnen jene Menschen eine Reform ab, die bereits eine Rente beziehen oder die sich im letzten Drittel ihres Erwerbslebens befinden und somit von einem steigenden Renteneintritts-

alter gar nicht mehr oder nur in Teilen betroffen wären.

Grundsätzlich wird die Abneigung gegen eine Reform deutlich: Nur zwei Varianten stimmten die Befragten mehrheitlich zu – in beiden Fällen sinkt die Altersgrenze auf 65 Jahre. Nur in einem dieser Szenarien steigt dabei auch der Beitragssatz.

Vier weiteren Szenarien – darunter die aktuelle Rentenregelung – stehen die Bundesbürger neutral gegenüber. 21 lehnen sie überwiegend ab.

Das Vignettenexperiment erlaubt es auch, die drei Stellschrauben zur Veränderung des Rentensystems direkt miteinander zu vergleichen:

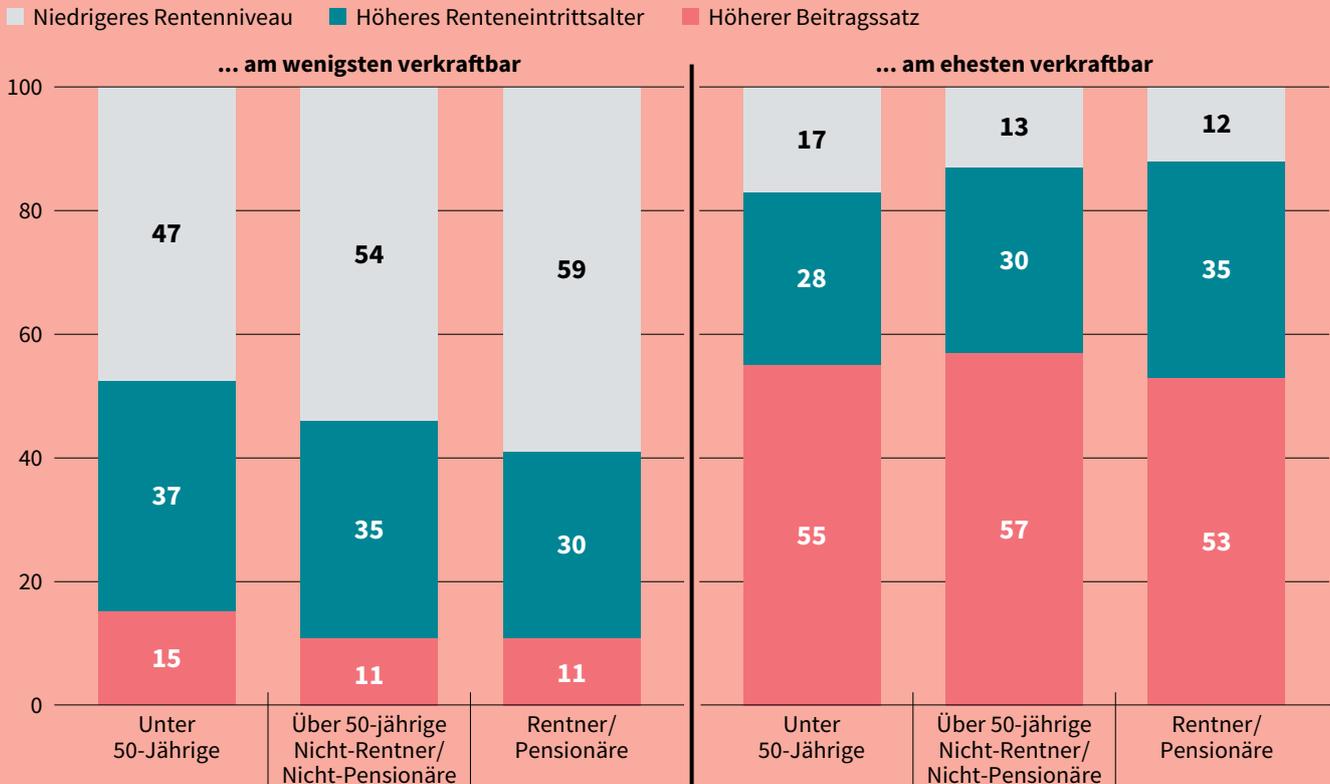
Ein um ein Jahr späterer Renteneintritt wird von den Befragten ähnlich negativ bewertet wie eine Erhöhung des Beitragssatzes um rund 3 Prozentpunkte oder eine Absenkung der Rente um etwa 4 Prozent.

Die grundsätzliche Aversion gegen eine Rentenreform und der Wunsch, den Status quo beizubehalten, sind demnach groß in der Bevölkerung. Und das, obwohl 40 Prozent der 25- bis 44-Jährigen mit einem Zusammenbruch des Rentensystems rechnen.

Für die abwehrende Haltung ist die Politik mitverantwortlich. Mit der sogenannten „Rente mit 63“, der Mütterrente und der Zusage von

Rente: Keine Abstriche bei der Höhe

So viel Prozent der Befragten halten diese Reform der Rente für ...



Befragung von 4.899 Erwachsenen im Rahmen der IW-Personenbefragung 2023
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



Ober- und Untergrenzen bei Beitragssatz und Rentenniveau haben die Parteien suggeriert, dass sich das aktuelle Versorgungslevel ohne zusätzliche finanzielle Belastungen halten oder sogar verbessern ließe.

Nun hat die Politik die Aufgabe, der Öffentlichkeit die Situation des Rentensystems besser zu erklären und die Schwierigkeiten infolge des demografischen Wandels zu vermitteln. Um die Konsequenzen greifbar zu machen, wären konkrete Zahlenbeispiele hilfreich. Gerade jüngere

Menschen, die das Rentensystem mit ihren Beiträgen noch viele Jahrzehnte stabilisieren müssen, gilt es damit anzusprechen.

Außerdem ist es wichtig, dass die Politik auch die Opportunitätskosten eines Nichthandelns verdeutlicht. Schließlich blieben bei einer unveränderten Rente nur Einsparungen in anderen Bereichen oder höhere Steuern als Ausweg aus dem Finanzierungsproblem.

Damit weniger Menschen ein höheres Renteneintrittsalter ableh-

nen, könnten die Parteien stärker auf die positiven Effekte eines späteren Ruhestands hinweisen. Schließlich bestimmen Höhe und Dauer der Beitragszahlungen die künftige Rente. Dass es sich für Arbeitnehmer lohnt, den Ruhestand nach hinten zu schieben, hat das IW vor Kurzem belegt (siehe iwd 20/2023).

Aus IW-Trends 4/2023
 Matthias Diermeier, Ruth Maria Schüler: Reform der Rentenversicherung in Deutschland
iwkoeln.de/reform-rentenversicherung

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Graphik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Verein für Socialpolitik: 150 Jahre jung

„Zornige junge Männer“ – so nannte man jene Ökonomen, die sich vor 150 Jahren vor dem Hintergrund der Industrialisierung um soziale Reformen Gedanken machten. Als Gegenentwurf zur klassischen Lehre gründeten die Wissenschaftler den Verein für Socialpolitik mit dem Ziel, die Lage der unteren Klassen – im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung – zu verbessern. Von seiner Rolle als Agitator für soziale Reformen hat sich der Verein längst verabschiedet. Inzwischen sieht er sich als wissenschaftliche Fachgesellschaft, die Forschung

ermöglichen und fördern möchte – etwa, indem er Foren bietet, auf denen sich Wirtschaftswissenschaftler austauschen können. Seit dem Jahr 2000 gibt der Verein zudem die Zeitschriften „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ und „German Economic Review“ heraus. Im Zuge dieses Wandels ist die Mitgliederstruktur jünger und weiblicher geworden – und der Verein auch insgesamt deutlich gewachsen (Grafik):

Seit der Neugründung im Jahr 1948 – zwölf Jahre zuvor hatte sich der Verein für Socialpolitik in der

NS-Diktatur auflösen müssen – ist die Mitgliederzahl von wenigen Hundert auf zuletzt rund 3.800 gestiegen.

Zu den aktuellen Tätigkeitsschwerpunkten gehört das Thema Daten. Der Verein setzt sich unter anderem für einen besseren Zugang zu Forschungsdaten ein, damit künftige Ökonomen und Ökonomen in Deutschland faire Chancen für den internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb vorfinden.

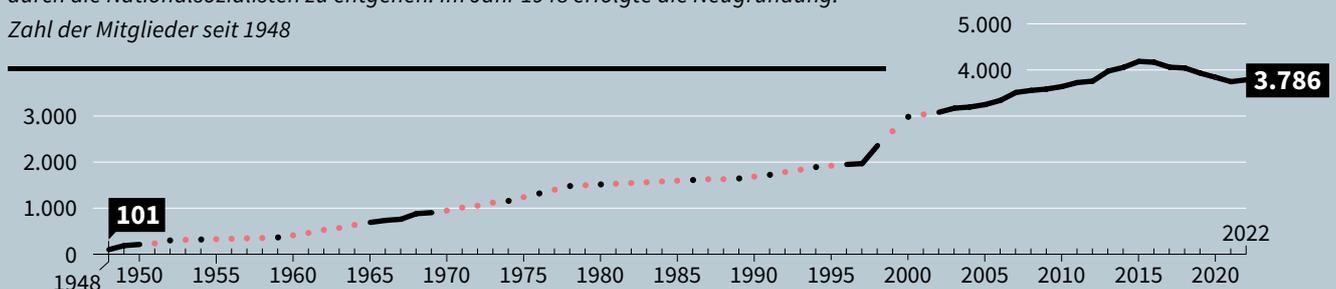
Prominente Mitglieder des Vereins für Socialpolitik nehmen in verständlicher Form Stellung zu gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit:



Verein für Socialpolitik: Deutlich gewachsen

Der 1873 gegründete Verein für Socialpolitik löste sich 1936 auf, um der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Im Jahr 1948 erfolgte die Neugründung.

Zahl der Mitglieder seit 1948



Rote Punkte: keine Werte für die entsprechenden Jahre verfügbar

Quelle: Verein für Socialpolitik
© 2023 IW Medien / iwd